2016
jahresbericht

MEHR DEMOKRATIE

UNSERE DEMOKRATIE STEHT IN FRAGE

„Volksabstimmung für alle“ – darüber habe ich im Herbst in der ARD mit Markus Söder (CSU) und Wolfgang Kubicki (FDP) debattiert. **2016 wurde so intensiv und auf so hohem Niveau über Volksabstimmungen geredet wie noch nie.** Dass die Mehrheit der Menschen die Volksabstimmung seit Jahren wünscht, ist bekannt. Neu ist, dass unter den Parteien jetzt nur noch die CDU Volksabstimmungen ablehnt, nachdem die CSU sie jetzt in ihr Grundsatzprogramm aufgenommen hat. Der Bundespräsident äußert sich zu Volksabstimmungen genauso wie amtierende Verfassungsrichter, der Justizminister, die Wissenschaft und die Medien: mal mehr, mal weniger dafür oder dagegen.

Dennoch wächst nach den Wahlen in den USA, dem knappen Ausgang des Brexitreferendums und mit den anschwellenden nationalistischen Strömungen das Misstrauen in die Demokratie und in Volksabstimmungen. Die Verunsicherung erreicht selbst langjährige Befürworter/innen. **Unsere Demokratie ist in der Vertrauenskrise.** Bürger/innen misstrauen der Politik und die Politik misstraut den Bürger/innen.

Doch in dieser Krise liegt auch eine Chance. Denn genau jetzt kommt es darauf an, nicht den eigenen Ängsten und Unsicherheiten zu verfallen und die Bedrohung in den „Anderen“ zu sehen, in diesen und jenen Gruppierungen. Stattdessen kommt es an auf meine eigene, besonnene, aufrechte Haltung und die von uns allen – **es geht um das Vertrauen in uns selbst!** Wenn wir uns selbst vertrauen, können wir auch anderen vertrauen. Jeder und jede muss selbst die Verantwortung für das Ganze spüren, sie übernehmen und sich einbringen wollen.

Deshalb ist unsere Kernforderung nach Volksabstimmungen nötiger denn je – aber nicht von oben initiiert, instrumentalisiert durch die politischen Eliten wie beim Brexit, sondern ausgehend von unten, aus der Mitte der Gesellschaft, mit fairen Regeln und transparenter Information gestaltet.

Denn: Je mehr demokratische Erlebnisse und Erfahrungen wir haben, desto stabiler wird die Demokratie, umso leichter wird es, die Anderen und Andersdenkenden zu respektieren.

Mit herzlichen Grüßen

Claudine Nierth,
Vorstandssprecherin von Mehr Demokratie

CETA: ES IST NOCH NICHT VORBEI …

CETA und die Demokratiefrage werden uns auch dieses Jahr begleiten.

Eigentlich sollte CETA zum Ende des Jahres 2016 beschlossene Sache sein. Doch Mehr Demokratie hat das gemeinsam mit Bündnispartnern zu verhindern gesucht, mit einem ganzen Bündel an Aktionen.

Auf die Straße gegen Demokratieabbau
Zwei Groß-Demonstrationen (am 23. April und am 17. September) in acht Städten haben wir mitorganisiert, eigene Busse und Demo-Blöcke gestellt und gemeinsam mit Bündnispartnern Hunderttausende von Menschen mobilisiert.

CETA wackelt juristisch und politisch
Wir haben die Verfassungsbeschwerde „Nein zu CETA“ initiiert und vor Gericht vertreten. Noch nie sind mehr als 125.000 Menschen gemeinsam vor das Verfassungsgericht gezogen. Bisher hat das Gericht in der „Hauptsache“ kein Urteil gesprochen und prüft CETA genau, aber schon jetzt sind wichtige Eckpfeiler eingeschlagen:

1. Die Schiedsgerichte und alles, was nicht eindeutig in der Zuständigkeit der EU liegt, dürfen nicht vorläufig in Kraft treten.
2. Die umstrittenen Steuerungsgremien brauchen demokratische Rückkopplung.
3. Deutschland kann die vorläufige Anwendung einseitig kündigen.

Die CETA-kritische Bewegung hat während der EU-Ratstreffen und vor dem EU-Kanada-Gipfel die umstrittenen Punkte noch einmal auf den Tisch gebracht. Mehrere Mitgliedstaaten haben Zusatzerklärungen erwirkt, die CETA in der jetzigen Form fast unmöglich machen.

Und wie geht es weiter?
Jetzt ist das EU-Parlament am Zug. Zumindest bis Februar 2017 bleibt Zeit für die Debatte. Wir unterstützen die Online-Aktion „CETA-Check“, mit der Bürger/innen die EU-Abgeordneten auffordern können, „Nein“ zu CETA und damit zum Demokratieabbau zu sagen.

In Deutschland nutzen wir die direkte Demokratie und leisten Überzeugungsarbeit bei Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, damit der Bundesrat CETA ablehnt. Im Herbst 2016 sind unsere Volksinitiativen gegen CETA in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen gestartet. Das Volksbegehren gegen CETA in Bayern erreichte in Rekordzeit die notwendige Zahl an Unterschriften.

Wir unterstützen die Kampagne für ein Referendum zu CETA und TTIP in den Niederlanden und prüfen derzeit, ob wir auch in Irland aktiv werden. Es gibt noch viele Möglichkeiten, CETA über die Mitgliedstaaten zu stoppen. Wir werden sie nutzen!

DAS HABEN WIR 2016 ERREICHT

SCHLESWIG-HOLSTEIN
▸ Volksinitiative „SH stoppt CETA“ gestartet
▸ freie Unterschriftensammlung für Volksbegehren wird möglich
▸ Abstimmungsgesetz geändert, Zustimmungshürden beim Volksbegehren gesenkt, elektronische Sammlung bei Volksinitiativen eingeführt

MECKLENBURG-VORPOMMERN
▸ Mehr Demokratie-Landesverband etabliert sich
▸ Leichte Senkung der Unterschriften- und Zustimmungshürden bei Volksbegehren

BERLIN
▸ verhindert, dass die Unterschriftensammlung bei Volksbegehren erschwert wird
▸ „Volksentscheid retten“-Initiative unterstützt und Debatte über direkte Demokratie angeheizt

BRANDENBURG
Volksbegehren „Wir entscheiden mit!“ für 2017 vorbereitet

STILLSTAND IN HAMBURG
Das Verfassungsgericht stoppt das Volksbegehren „Rettet den Volksentscheid“, schreibt den Vorrang der parlamentarischen Demokratie fest und verhindert den Ausbau der direkten Demokratie.

NIEDERSACHSEN
Bürgerbegehren reformiert: Initiativen müssen keinen Kostendeckungsvorschlag mehr machen, Hürden leicht gesenkt

NORDRHEIN-WESTFALEN
▸ Volksinitiative „NRW gegen CETA & TTIP“ gestartet
▸ Groß-Demo in Köln federführend organisiert

THÜRINGEN
▸ Regeln für Bürgerbegehren und -entscheide reformiert
▸ im Volksentscheidsranking für die Gemeindeebene auf Platz 1 aufgerückt

HESSEN
▸ Mehr Demokratie-Landesverband gestärkt
▸ Aktionen und Expertenanhörungen zur geplanten Verfassungsreform
▸ Zielrichtung: Hürden für direkte Demokratie senken

RHEINLAND-PFALZ
Bürgerbegehrensreform: Senkung des Unterschriftenquorums und der Zustimmungshürde in Kraft getreten

BAYERN
▸ Feier im Landtag zu 20 Jahren Bürgerbegehren
▸ Volksbegehren gegen CETA in Bayern gestartet und 85.000 Unterschriften gesammelt
▸ Verfassungsgericht prüft das Volksbegehren, da wir juristisches Neuland betreten

BADEN-WÜRTTEMBERG
▸ von Platz 16 auf Platz 9 im Volksentscheidsranking
▸ Groß-Demo in Stuttgart und mehr als 20 Vorträge und Aktionen gegen TTIP und CETA organisiert (u.a. Unterschriftenübergabe an Cecilia Malmström)

ÜBRIGENS: Viele unserer Aktionen haben wir in Filmen und Bildern festgehalten. Erleben Sie das Mehr Demokratie-Jahr 2016 auf www.flickr.com/photos/mehr-demokratie und www.youtube.com/user/mehr0demokratie0de

Finanzüberblick 2016 (ohne Landesverbände)

	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
Kampagnen			
Kampagne „TTIP? CETA? Volksentscheid!“		-92.315	
Verfassungsbeschwerde gegen CETA	52.331	-82.727	
Meer Democratie Niederlande, CETA-Referendum		-70.000	
ESM-/OMT-Verfassungsbeschwerde, EUGH-Verfahren		-11.900	
Bundesweiter Volksentscheid, Bundesratsinitiative, Direkte Demokratie		-57.556	
Reform- und Lobbyarbeit		-69.477	
Dezentrale Demokratie, Arbeitskreise, weitere Aktionen, Fahrtkosten		-22.122	
Allianz für Gemeinnützigkeit		-3.000	
			-356.766 €
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit			
Webseite, Gestaltung, Infomaterial, Personal, Pressekonferenzen etc.	2.223	-138.036	
Zeitschrift für direkte Demokratie	821	-63.215	
			-198.207 €
Verbandsinterne Demokratie			
Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen, Mitgliederurabstimmung		-36.860	
Beiträge der Teilnehmer/innen	3.813		
			-33.047 €
Bildungsarbeit			
Vorträge, Seminare, Beratung, Veranstaltung	180	-31.081	
			-30.901 €
Wissenschaft			
Bürgerentscheidsdatenbank,		-4.800	
Bürgerentscheids- und Volksentscheidsberichte, Rankings	548	-36.819	
			-41.071 €
Verwaltung			
Mitgliederverwaltung, Buchhaltung, Geschäftsführung		-125.046	
Datenbank, Datenschutz		-15.710	
Kostenerstattungen	27.804		
Bundesbürokosten Tempelhof / Berlin		-25.578	
			-138.530 €
Fundraising, Werbekosten			
Fördererwerbung und Mailing Kosten		-172.701	
Gehälter, Spendenbescheinigungen		-110.379	
Beiträge	352.000		
Mailing Spenden	240.761		
Großspenden (ab 10.000.- Euro)	220.000		
Online- und sonstige Spenden	265.388		
Sonstige Einnahmen	99.385		
			894.454 €
Summe	1.265.254	-1.169.322	
Ergebnis 2016			**95.932 €**
Übertrag aus dem Jahr 2015			176.769 €
Kontostand 31.12.2016			272.701 €
Stop TTIP – Europäische Bürgerinitiative	265.293	-316.626	
Ergebnis 2016			**-51.333 €**
Übertrag aus dem Jahr 2015			126.733 €
Kontostand 31.12.2016 Stop TTIP EBI			75.400 €

Impressum
Mehr Demokratie e.V.
Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Telefon 07957-923 9050, Fax 07957-924 9992
info@mehr-demokratie.de

IBAN: DE 14 7002 0500 0008 8581 05
BIC: BFSWDE33MUE, Bank für Sozialwirtschaft

Bildnachweise
Titelfoto: © WDR/Dirk Borm
Innenseiten: Mehr Demokratie e.V.